

Jobkrise fällt aus

Die Lage am deutschen **Arbeitsmarkt** bleibt trotz Corona stabil. Zugleich dürfte der **Fachkräftemangel** 2022 weiter zunehmen. Und es gibt noch eine andere Baustelle für Politik und Wirtschaft.

TEXT BERT LOSSE

Wenn sich Elke Döring in diesen Wochen mit Unternehmern aus ihrer Region trifft, kreisen die Gespräche nicht nur um Corona und Lieferkettenprobleme. „Der Fachkräftemangel verschärft sich. Es gibt kaum noch jemanden, der seine freien Stellen problemlos besetzen kann“, berichtet die Hauptgeschäftsführerin der IHK Heilbronn-Franken.

In den regelmäßigen Konjunkturumfragen der Kammer sagen inzwischen zwei Drittel der Betriebe, fehlendes Personal sei für sie das größte unternehmerische Problem überhaupt – und zwar über alle Branchen hinweg. Ein alarmierender Befund, zumal hier, in diesem baden-württembergischen Landstrich: Die Region nordöstlich von Stuttgart ist Deutschlands Weltmarktführerzentrale; viele mittelständische Hidden Champions produzieren hier.

„Der Mangel ist am größten in den MINT-Berufen“, klagt Döring, „aber es fehlen auch jede Menge Lkw-Fahrer.“ Die amtliche Statistik belegt die Misere in mehr oder weniger anspruchsvollen Berufen. „Zu den Engpässen in den Bereichen Technik, IT und Soziales sind Schwierigkeiten in Branchen wie der Gastronomie gekommen“, berichtet Enzo Weber, Leiter des Forschungsbereichs Prognosen und gesamtwirtschaftliche Analysen beim Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Die Fachkräftelücke war ein wesentlicher Grund, dass die Arbeitslosigkeit während der Pandemie nicht signifikant stieg. Und dabei dürfte es vorerst auch bleiben. „Die Erholung

am Arbeitsmarkt geht 2022 grundsätzlich weiter“, sagt Weber. Allerdings signalisiert das IAB-Arbeitsmarktbarometer, ein Frühindikator des Nürnberger Instituts, dass der Jobaufschwung langsamer als noch vor einigen Monaten verlaufen wird. Denn völlig unbeindruckt wird der Arbeitsmarkt von der bevorstehenden Omikron-Welle nicht bleiben.

Arbeitslosigkeit sinkt weiter

Nach der jüngsten Konjunkturprognose des Münchner ifo Instituts geht die Arbeitslosenquote im kommenden Jahr von rund 5,7 Prozent auf durchschnittlich 5,2 Prozent zurück. Für 2023 erwarten die Ökonomen von der Iar sogar nur noch einen Wert von 4,9 Prozent.

Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte laut ifo im kommenden Jahr um 409 000, im Jahr 2023 um weitere 311 000 zunehmen. Zugleich normalisiert sich die Lage bei der Kurzarbeit. Die Zahl der Betroffenen dürfte 2022 von schätzungsweise 1,7 Millionen auf im Schnitt 313 000 sinken – sofern es nicht abermals zu einem längeren, harten Lockdown kommt.

Näheren Aufschluss über die Jobpläne der Wirtschaft gibt eine große repräsentative Arbeitsmarktstudie der ManpowerGroup. Der Personaldienstleister hat fast 40 000 Arbeitgeber aus 40 Staaten befragt; die Deutschland-Daten der Erhebung liegen der Wirtschaftswoche exklusiv vor. Erfreulich: „Die Beschäftigungsaussichten steigen viel schneller an als

nach dem letzten Wirtschaftsabschwung“, sagt Manpower-CEO Jonas Prising.

In Deutschland wollen der Studie zufolge im ersten Quartal 2022 rund 46 Prozent der Unternehmen neue Leute einstellen; nur 13 Prozent planen einen Jobabbau. Besonders hoch ist die Personalnachfrage im Bausektor, im Groß- und Außenhandel sowie im Bereich IT und Kommunikation (siehe Grafiken).

Weltweit sieht es ähnlich aus. In 36 von 40 Ländern melden die Unternehmen mit Blick auf die ersten drei Monate 2022 eine höhere Jobnachfrage als im Vorquartal. Zugleich gebe es „keine Anzeichen für einen Rückgang des weltweiten Fachkräftemangels“, heißt es in der Studie. Der Anteil der Arbeitgeber, die von Schwierigkeiten bei der Besetzung von Stellen berichten, sei vielmehr auf 69 Prozent gestiegen – ein 15-Jahres-Hoch.

Problem Langzeitarbeitslosigkeit

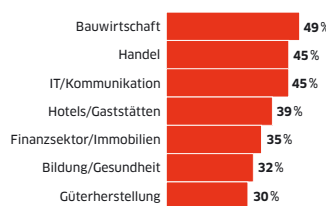
Trotz der allgemein guten Perspektiven gibt es eine große Baustelle am deutschen Arbeitsmarkt: Die Zahl der Langzeitarbeitslosen liegt derzeit deutlich über den Vor-Corona-Werten. „Wir müssen die Langzeitarbeitslosigkeit abbauen, bevor sie sich verfestigt“, warnt IAB-Ökonom Weber. Im Februar kletterte die Zahl der Menschen, die mindestens ein Jahr ohne Job sind, erstmals seit fünf Jahren über eine Million. Im November waren es noch knapp 990 000 Betroffene.

„Ein vergleichsweise hohes Risiko, langzeitarbeitslos zu sein, haben ältere Menschen und gering Qualifizierte“, schreibt die Bundesagentur für Arbeit. Umso riskanter sind daher die Pläne der Ampelkoalition, den gesetzlichen Mindestlohn 2022 um rund 20 Prozent auf glatt zwölf Euro zu erhöhen. Aus Arbeitgeber-sicht ergibt sich daraus ein gewaltiger Lohnkosten Schub für einfache Tätigkeiten.

Für Arbeitnehmer sei ein höherer Mindestlohn sicher erfreulich, meint Weber. Aber der plötzliche Sprung auf zwölf Euro könne „für diejenigen mit ohnehin niedrigen Jobchancen auch Probleme verursachen“. Der Ökonom rät der Politik daher, „den Mindestlohn zwar ambitioniert, aber nach und nach und unter laufender Evaluation der Entwicklung zu erhöhen“.

AB IN DEN BAU!

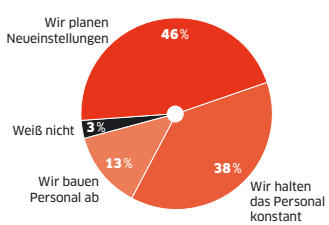
Nettobeschäftigungsausblick* für das erste Quartal 2022



*saisonbereinigter Saldo der Firmen, die Personal einstellen oder abbauen wollen; Quelle: ManpowerGroup, Umfrage bei 1010 Unternehmen in Deutschland

MEHR JOBS

Die Personalpläne der Unternehmen für das erste Quartal 2022



Quelle: ManpowerGroup, Umfrage bei 1010 Unternehmen in Deutschland

meldet Zweifel am Narrativ der Frankfurter Notenbank an. Zwar dürften die Verbraucherpreise zu Beginn nächsten Jahres etwas langsamer steigen als zuletzt. Grund sind die Anhebung der Mehrwertsteuer sowie die Verteuerung von Energie, die sich Anfang 2022 jähren. Das drückt die Zuwachsrate im Vorjahresvergleich.

Dem steht jedoch gegenüber, dass sich in den vorgelagerten Wertschöpfungsstufen ein enormer Kosten- und Preisdruck aufgestaut hat, der sich in den nächsten Monaten in den Verbraucherpreisen niederschlagen dürfte. Berater Schumann erfährt das täglich in Gesprächen mit Kunden: „Viele Unternehmen gehen mit Mehrpreisforderungen von bis zu zehn Prozent in die Preisverhandlungen für das nächste Jahr“, sagt er. So etwas habe es bisher noch nicht gegeben. „Die große Welle der Preiserhöhungen für die Konsumenten kommt erst noch“, ist Schumann überzeugt. Die Preise legten dann um fünf bis sieben Prozent zu, warnt er.

Vor einer Lohn-Preis-Spirale

Große Hoffnung, dass es zu Preisnachlässen kommt, sobald sich die Versorgungslage bessert, hegt Ökonom Schumann nicht. „Die Unternehmen werden, wo es geht, ihre Gewinnspannen sanieren, statt niedrigere Kosten an die Verbraucher weiterzugeben.“ Das dürfte den Druck auf die Gewerkschaften erhöhen, den Kaufkraftverlust ihrer Mitglieder in den kommenden Tarifrunden auszugleichen.

Der verschärfte Wettbewerb der Unternehmen um qualifizierte Arbeitskräfte infolge der demografischen Entwicklung verleiht den Arbeitnehmern ohnehin mehr Verhandlungsmacht. „Wir rechnen mit kräftig steigenden Löhnen“, sagt Industriefachmann Schmidt. Verstärkt wird der Aufwärtstrend durch die Pläne der Ampelkoalition, den Mindestlohn von derzeit 9,60 Euro auf zwölf Euro anzuheben, was einem Plus von rund 25 Prozent entspricht.

Damit steigt die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale. Zumal die EZB keine Anstalten macht, die Geldpolitik zu straffen. Zwar wollen die Notenbanker ihre Anleihekäufe im Rahmen des Pandemienotprogramms Ende März auslaufen lassen. Im Gegenzug sollen jedoch die Anleihekäufe des regulären Kaufprogramms aufgestockt werden.

An höhere Leitzinsen, wie sie die Fed plant, sei in Europa vorerst nicht zu denken, sagt Lagarde. Daher dürfte in den nächsten Jahren weiter zu viel Geld in die Wirtschaft fließen.



Verkaufen hüben wie drüben
Angesichts der guten Absatzsichtungen im Inland und im Ausland stocken viele Unternehmen ihre Investitionspläne für 2022 auf

Zone in den nächsten Jahren zwischen 3,7 und 8,8 Prozent bewegen wird.

Für die Konsumenten dürfte der Boom, wenn er denn im Frühjahr einsetzt, also teuer werden. Und er könnte rascher wieder zu Ende sein als erhofft. „Wir gehen davon aus, dass es im nächsten Herbst wieder eine Coronainfektionswelle gibt“, sagt Commerzbank-Chefvolkswirt Krämer. In sein Prognosetableau hat er daher für das Winterhalbjahr 2022/23 einen deutlichen Rückgang der Wachstumsraten eingestellt.

Die Konjunktur, so scheint es, schwingt immer mehr im Takt der Infektionswellen. Lockdown, Schuldenmachen und Gelddrucken drohen so zu einer Art Dauerveranstaltung zu werden.

Die Frage ist: Wie lange kann das gutgehen?